

UNSERE WOCHEN IM LANDTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

wir haben uns zum Ziel gesetzt, die Mitbestimmungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger bei politischen Entscheidungsprozessen auszuweiten. Dazu haben wir uns diese Woche mit dem Leiter der Servicestelle Dialogische Bürgerbeteiligung Baden-Württemberg Ulrich Arndt sowie der Leiterin Kommunale Demokratie und Ansprechpartnerin für Bürgerbegehren beim Verein Mehr Demokratie Susanne Socher bei einem Fachgespräch im Bayerischen Landtag ausgetauscht.

Denn wir wollen, dass sich die Menschen im Freistaat wieder stärker bei der politischen Entscheidungsfindung mitgenommen und mit ihren Alltagsproblemen gesehen und gehört fühlen. Als Fraktion sind wir überzeugt: Mehr direkte Demokratie stärkt unser demokratisches System, denn sie ermöglicht Mitbestimmung bei konkreten Belangen vor Ort. Bisherige Teilhabemöglichkeiten wie Bürgerbegehren und Bürgerentscheide haben sich bewährt, müssen aber in das 21. Jahrhundert geführt werden.

Die Verfahren bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden müssen vereinfacht sowie der Zugang zu relevanten Informationen weiter erleichtert werden. Eine Schlüsselrolle kommt dabei unseren Kommunen zu: Ziel muss sein, dass Projektverantwortliche und die Verwaltung mit dialogorientierten Formaten sicherstellen, dass bestehende Interessen frühzeitig in die Planung eingebunden, Konflikte reduziert und die Planungsergebnisse auf breiten Konsens gestützt werden können.

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass Infrastrukturgroßprojekte deutlich eher erfolgreich umgesetzt werden, wenn Bürgerinnen und Bürger frühzeitig in die Planungen in einem dialogischen Prozess eingebunden werden. Die Verwaltungen tun daher gut daran, die Bürgerschaft bei Großprojekten mitzunehmen und den offenen Dialog zu suchen – schließlich liegt im Bürgerdialog auch die Chance, der leisen Mehrheit in der Bevölkerung eine Stimme zu geben.

Ich wünsche Ihnen wieder viel Freude beim Lesen!

Dr. Martin Brunnhuber

Seite 1 von 8



UNSERE HIGHLIGHTS

SEITE 2:

BAURECHT FÜR GEBÄUDE DER DASEINSVORSORGE VEREINFACHEN

SEITE 2:

MEHR WOHN-EIGENTUM MIT UNSERER WOHNRAUM-OFFENSIVE

SEITE 3:

UNSER DRINGLICHKEITSANTRAG GEGEN EXTREMISTISCHE GEWALT

SEITE 4:

UNSERE WOCHEN AUF SOCIAL MEDIA

RÜCKBLICK

Unser Dringlichkeitsantrag: Baurecht für kommunale Gebäude der Daseinsvorsorge vereinfachen

Diese Woche haben wir uns mittels Dringlichkeitsantrag dafür eingesetzt, dass bürokratische Prozesse für den Bau kommunaler Einrichtungen der Daseinsvorsorge vereinfacht werden. Deshalb wollen wir die Bayerische Bauordnung dahingehend ändern, dass Gebäude wie Feuerwehrhäuser, Rettungsdienste, Schulen und Kindertagesstätten privilegiert werden. Unser Ziel ist es, die Errichtung dieser wichtigen Gebäude zu beschleunigen und den Verwaltungsaufwand zu reduzieren. Eine weitere Möglichkeit zur Vereinfachung sehen wir in der Schaffung eines Standard-Gebäudetyps, um weitgehend vorgeplante, an die lokalen Gegebenheiten anpassbare Gebäude errichten zu können.

Die Sicherstellung der Daseinsvorsorge ist eine Kernaufgabe der Kommunen. Durch die Privilegierungen können Kommunen ihre grundlegenden Aufgaben schneller und effizienter erfüllen. Insbesondere die erleichterte Genehmigung von Feuerwehrezufahrten auf Bundes- und Staatsstraßen ist essentiell für die öffentliche Sicherheit und eine schnelle Reaktion im Notfall. Hinzu kommt: Die Vereinfachung der Planungs- und Genehmigungsprozesse stärkt die Handlungsfähigkeit der Kommunen und ermöglicht eine zügigere Bereitstellung wichtiger Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger. Damit schaffen wir eine Entbürokratisierung, die direkt den Menschen in Bayern zugutekommt. Mehr [HIER](#).

Unsere Wohnraumoffensive: Wohneigentum mit gezielten steuerlichen Anreizen bezahlbar machen

Um den stagnierenden Wohnungsbau in Bayern anzukurbeln, haben wir diese Woche ein umfassendes Antragspaket in den Haushaltsausschuss des Landtags eingebracht. Denn seit dem Auslaufen der staatlichen Förderung im Jahr 2021 ist die Wohneigentumsquote stark gesunken. Wir wollen daher zurück zur bewährten steuerlichen Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum – gerade auch mit Blick auf Familien mit mittlerem Einkommen. Konkret plädieren wir dafür, eine Zulage einzuführen, durch die über zehn Jahre hinweg jährlich fünf Prozent der Anschaffungskosten von der Einkommensteuer abgesetzt werden können. Das ist die beste Absicherung gegen Altersarmut.

Auch der Bau von Mietwohnungen sollte stärker gefördert werden. Wir fordern, dass Vermieter die Kosten für den Bau schneller von der Steuer abziehen können. Die Hälfte

der Summe soll bereits in den ersten fünf Jahren absetzbar sein. Damit gezielt mehr Platz für Eltern und Kinder entsteht, ist diese Hilfe an eine Bedingung geknüpft: Die Steuervorteile gibt es nur, wenn bei einem Projekt mindestens jede zehnte Wohnung eine Familienwohnung mit vier oder mehr Zimmern inklusive Küche ist. Klar ist, dass steuerliche Hemmnisse unbedingt beseitigt und Bürokratiehürden abgebaut werden müssen. Wir werden deshalb prüfen, ob die Abzugsfähigkeit von Darlehenszinsen und der Wegfall der Grunderwerbsteuer beim ersten Immobilienkauf die nötigen Anreize gerade für junge Menschen setzen. Ein Wohnungskauf, der wegen zu hoher Lasten gar nicht erst stattfindet, bringt dem Staat keine Einnahmen. Mit kostenfreien Grundbucheintragungen nach österreichischem Vorbild wollen wir den Weg ins Eigenheim daher weiter erleichtern. Auch die Umnutzung von Gewerbe in Wohnraum muss attraktiver gestaltet werden – etwa durch klare pauschale Mindestsummen für die steuerliche Einordnung als Neubau. Mehr [HIER](#).

Sicherheit und Demokratie im Fokus: Unser Dringlichkeitsantrag gegen extremistische Gewalt

Das Fundament des Rechtsstaats bilden der Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die Sicherheit der Menschen im Land sowie die besondere Verantwortung für jüdisches Leben. Vor diesem Hintergrund haben wir einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, um gegen islamistische Ideologien vorzugehen, die Gewalt verherrlichen, Antisemitismus fördern und das Existenzrecht Israels anzweifeln. Denn solche Ideologien stehen im klaren Widerspruch zu unseren Grundwerten und sind mit den Prinzipien unseres Gemeinwesens unvereinbar. Wir werden extremistischen Bestrebungen mit klarer Haltung, rechtsstaatlicher Konsequenz und wirksamen Instrumenten begegnen.

Gleichzeitig steht zweifelsfrei fest, dass der Islam Teil der religiösen Vielfalt in Bayern ist und unter dem Schutz der Religionsfreiheit steht. Maßnahmen gegen Islamismus richten sich daher ausdrücklich nicht gegen gläubige Musliminnen und Muslime, sondern ausschließlich gegen extremistische Akteure. Die Staatsregierung wird alle rechtsstaatlichen Instrumente der wehrhaften Demokratie entschlossen nutzen, um islamistische Aktivitäten frühzeitig zu unterbinden. Dazu gehören wirksame Vereins- und Betätigungsverbote sowie die konsequente strafrechtliche Verfolgung extremistischer Straftaten. Besonderes Augenmerk liegt außerdem auf dem Schutz junger Menschen vor Radikalisierung, vor allem durch die Sozialen Medien. Hierfür stärken wir Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen in der politischen Bildung, der Jugendarbeit sowie in Schulen und Vereinen. Mehr [HIER](#).

Unsere Forderung: Bürokratieabbau bei Bauvorhaben zum Schutz von Leib und Leben

Der Umweltausschuss hat diese Woche über Beschleunigungsmöglichkeiten im Genehmigungsrecht für Bauvorhaben zum Schutz von Leib und Leben beraten. Grundlage hierfür war ein Antrag unserer Fraktion. Denn bislang verzögern sich solche Projekte oftmals unter anderem wegen langjähriger artenschutzrechtlicher Prüfungen und der Bereitstellung von Ausgleichsflächen – beispielsweise im Bereich des Hochwasserschutzes.

Deshalb fordern wir eine Anpassung der Normen für artenschutzrechtliche Prüfungen und den natur- und artenschutzrechtlichen Eingriffsausgleich auf Bundesebene. Bauten, die dem Schutz von Leib und Leben dienen, dürfen nicht länger unnötig verzögert und verteuert werden. Das betrifft neben Vorhaben in den Bereichen Katastrophen- und Zivilschutz auch Polizei, Feuerwehr, Krankenhäuser, integrierte Leitstellen sowie boden- und luftgebundene Rettungsdienste.

Die Problematik wird in den nächsten Jahren weiter an Dringlichkeit gewinnen, da durch den Klimawandel Starkregenereignisse und Überflutungen zunehmen werden. Wir wollen deshalb Erleichterungen für alle Menschen und Organisationen auf den Weg bringen, die einen Beitrag zum Schutz von Leib und Leben leisten. Gerade bei Bauten zum Hochwasserschutz, wie etwa Deichen und Rückhaltebecken, ist eine Trendumkehr dringend notwendig. Mehr [HIER](#).

UNSERE WOCHE AUF SOCIAL MEDIA

#BringBack2016

Was hat unsere Fraktion 2016 umgetrieben? Welche Themen haben die Abgeordneten beschäftigt, welche Termine haben sie wahrgenommen?

Auf Social Media haben wir diese Woche zurückschaut und festgestellt: Früher war gar nicht alles besser.

Zum Post auf Instagram geht's [HIER](#).





#WeRemember: So haben wir an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert

Die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus darf nicht aufhören – als Mahnung und als Weckruf für alle, die unsere Demokratie als selbstverständlich erachten. Wir haben am 27. Januar auch den Menschen gedacht, die ihre Werte und ihre Barmherzigkeit über ein gnadenloses System der Unterdrückung gestellt haben und dafür teils mit ihrem Leben bezahlen mussten.

Zum Post auf Instagram geht's [HIER](#).

#ReelDerWoche: So bauen wir schneller für Feuerwehren und Kommunen

Wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion setzen uns ein für Vereinfachungen der bürokratischen Prozesse für den Bau kommunaler Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Das heißt: Wir wollen die Errichtung von Gebäuden von öffentlichem Interesse – darunter Feuerwehrhäuser, Rettungsdienste, Schulen und Kindertagesstätten – beschleunigen und den Verwaltungsaufwand reduzieren.

Das stärkt die Handlungsfähigkeit der Kommunen und ermöglicht eine zügigere Bereitstellung wichtiger Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger.

Mehr dazu gibt's [HIER](#) im Reel.



**MARTIN
BEHRINGER**

**So bauen wir schneller für
Feuerwehr & Kommune!**



Islamismus **entschieden bekämpfen!**

Wir zeigen klare Kante gegen Islamismus: Mit einem Dringlichkeitsantrag setzen wir uns für eine entschlossene Bekämpfung islamistischer Ideologien und den Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ein.

Das fordern wir in unserem Antrag: Sicherheitsbehörden stärken, bestehende rechtliche Möglichkeiten ausschöpfen, darunter etwa Vereins- und Betätigungsverbote und Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen weiter ausbauen. Zum Beitrag geht's [HIER](#).

Gemeinsam vor Hochwasser schützen!

Zusammen auf dem Weg zur Schwammregion: Diesen Weg geht die Arbeitsgemeinschaft Solidarischer Hochwasserschutz e.V. (ARGE). Auf Initiative unseres Landtagsabgeordneten Roland Weigert informierten Vertreter der ARGE im Maximilianeum über Ziele und laufende Projekte des kommunalen Zusammenschlusses. Die ARGE vereint mittlerweile 27 Städte und Gemeinden entlang der Paar. Ein zentraler Baustein der ARGE-Strategie ist der Aufbau eines KI-gestützten Echtzeit-Frühwarnsystems. Wir gratulieren recht herzlich unseren ehrenamtlich tätigen Mitgliedern im neu geschaffenen Kuratorium der ARGE, einem politischen Gremium zur Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft. Zum Post geht's [HIER](#).





#StreiblsStandpunkt: Die MSC hat Relevanz!

Vom 13. bis 15. Februar 2026 findet sie wieder im Hotel Bayerischer Hof statt: Die Münchner Sicherheitskonferenz #msc2026. Warum sie ein wichtiger Termin und nicht aus dem Kalender der Landeshauptstadt wegzudenken ist, erläutert unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl im wöchentlichen Social Media-Format #StreiblsStandpunkt.

[HIER](#) geht's zum Reel!

Alle Fotos und Grafiken: FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Immer auf dem Laufenden bleiben? Folgen Sie uns:

 <https://www.facebook.com/fwlandtag>

 <https://www.instagram.com/fwlandtag/>

 <https://www.youtube.com/@fwlandtag>

 <https://www.threads.net/fwlandtag>

 <https://bsky.app/profile/fwlandtag.bsky.social>

"Alle in diesem Newsletter verwendeten Bilder und Social Media-Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. © 2026 [FREIE WÄHLER Landtagsfraktion].

Die Nutzung oder Weiterverbreitung ist ohne ausdrückliche Genehmigung nicht gestattet."

Wir wünschen Ihnen ein schönes Wochenende!

Impressum

Landtagsabgeordneter
Dr. Martin Brunnhuber
Hofgasse 2 | 83278 Traunstein
Telefon +49 861 21164123
kontakt@mdl-brunnhuber.de
